



Aufruf an die Politik zur Vermeidung von Beißenfällen mit Hunden und zur Verbesserung des Tierschutzes

Auf Initiative der Deutschen Kinderhilfe – die ständige Kindervertretung e.V. und des Berufsverbands der Hundeerzieger/innen und Verhaltensberater/innen e.V.

Medien berichteten vergangenes Jahr von Übergriffen durch Hunde auf Menschen. Tragischerweise waren auch immer wieder Kinder betroffen. Aufgrund ihrer Körpergröße sowie ihrer lebhaften und spontanen Art sind diese besonders gefährdet, Bissverletzungen durch Hunde zu erleiden.

Die derzeit in 13 Bundesländern existierenden Rasselisten bieten keinen ausreichenden Schutz, um die Bevölkerung und insbesondere Kinder vor Hundeangriffen zu bewahren. Es bedarf geeigneter Regelungen, die nicht nur den Hund, sondern verstärkt auch die Hundehaltenden betreffen und nicht einzelne Hunderassen per se als gefährlich stigmatisieren.

Auf Initiative der Deutschen Kinderhilfe – die ständige Kindervertretung e.V. und des Berufsverbands für Hundeerzieger/innen und Verhaltensberater/innen e.V. kamen erstmals vergangenes Jahr Expertinnen und Experten aus den unterschiedlichsten Fachgebieten zu Expertenrunden zusammen und formulierten im einvernehmlichen Konsens folgende Ergebnisse:

1. Einführung von Sachkundes Schulungen

Um ihr Tier besser verstehen sowie einschätzen und gefahrminimierend reagieren zu können, bedarf es einer besseren Sachkunde der Hundehaltenden. Deswegen müssen anstelle von Rasselisten verbindliche und bundesweit einheitliche Sachkundes Schulungen aller Hundehaltenden vor Anschaffung eines Hundes eingeführt werden. Der Nachweis dieser Schulung soll bei Übergabe des Tieres beim Verkäufer vorgelegt werden.

2. Bundeseinheitliche Statistik zu Beißenfällen

Da derzeit keine bundeseinheitliche Statistik mit einheitlichen Parametern zu Beißenfällen existiert, fordern wir eine künftige bundesweite einheitliche Erfassung von Beißenfällen, in der auch die Umstände, wie es zu den Beißenfällen gekommen ist, erfasst werden.

3. Registrierung aller Hunde

Eine bundesweit einheitliche Kennzeichnung und Registrierung von Hunden soll Herkunft und Verbleib nachweisbar machen.

4. Abschaffung der Rasselisten

Die bestehenden Rasselisten haben weitreichende negative Folgen erzielt: enorme wirtschaftliche Belastungen von Tierheimen und Steuerzahlern durch die Betreuung abgegebener Tiere, die allein durch ihre Rasselisten-Zugehörigkeit zum Teil lebenslanglich im Tierheim verbleiben. Neben diesen tierschutzrechtlichen und wirtschaftlichen Aspekten kommt die Vorverurteilung von Halterinnen und Haltern von Listenhunden hinzu. Hunderassen, die gelistet sind, sind in den Beißenstatistiken nicht häufiger bzw. weniger häufig vertreten, als Hunde nicht gelisteter Rassen. Aus diesem Grund müssen die Rasselisten abgeschafft werden.



5. Verbesserung der Sachkunde von HundetrainerInnen

Da nicht selten eine mangelnde Sachkunde, sowie ein hohes Maß an Selbstüberschätzung bei VerhaltensberaterInnen festgestellt werden, besteht die Notwendigkeit, einheitliche Qualitätsstandards in der Erteilung und Prüfung der Sachkunde für Trainerinnen und Trainer zu erzielen. Hierfür sollten die ausführenden Behörden für §11 Abs.1 S.1 Nr. 8f TierSchG Hilfestellung erhalten. Damit tierschutzwidrige Missstände in der Hundeausbildung und -beurteilung abgestellt werden können, wird dringend eine tierschutzgerechte allgemeine Verwaltungsvorschrift benötigt, die bundesweit einheitlich gültig ist. Des Weiteren gilt es, sowohl einheitliche Ausbildungsrichtlinien als auch ein einheitliches Berufsbild „HundetrainerIn“ zu schaffen.

Langfristige Zielsetzung der Expertenrunde

Auf lange Sicht gesehen, erachten wir die Einführung eines bundesweiten, einheitlichen Hundeführerscheins als unerlässliche Maßnahme für einen besseren Schutz der Bevölkerung vor Hundeeunfällen und die Verbesserung des Tierschutzes.

Wir würden es begrüßen, wenn Sie sich der Thematik annehmen und diese auf die politische Agenda setzen würden. Gerne wird Ihnen die Expertenrunde bei der Entwicklung von Lösungen beratend zur Seite stehen.

Berlin, 01.02.2019

Rainer Becker
Vorstandsvorsitzender der Deutschen Kinderhilfe e.V.

Sabine Berninger
Mitglied der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag

Michaela Dämmrich
Landesbeauftragte für den Tierschutz Niedersachsen

Julia Dittmers
1. Vorsitzende des Berufsverbands zertifizierter Hundetrainer e.V.

Dr. Moira Gerlach
Referentin für Heimtiere beim Deutschen Tierschutzbund e.V.

Jana Hoger
Fachreferentin für Tierische Mitbewohner bei PETA Deutschland e.V.

Xenia Katurke
Bundestierärztekammer e.V.

Dr. Iris Mackensen-Friedrich
Mitglied im Berufsverband zertifizierter Hundetrainer e.V.



Annette Möckel

1. Vorsitzende des Berufsverbands der Hundeezieder und Verhaltensberater e.V.

Dr. Barbara Schöning

1. Vorsitzende der Gesellschaft für Tierverhaltensmedizin und -therapie - GTVMT e.V.

Gerd Schreiber

3. Vorsitzender des Internationalen Berufsverbands der Hundetrainer & Hundeunternehmer (IBH) e.V.

Diana Plange

Landestierschutzbeauftragte Berlin
Sprecherin der Tierschutzbeauftragten der Länder

Kerstin Poloni

KompetenzCentrum Wirtschaft, Mensch & Tier der IHK
Potsdam

Dr. Hans-Friedrich Willimzik

Landesbeauftragter für Tierschutz des Saarlandes

Maren Wulf

Leitung Hunderegister Niedersachsen

Manuela Zaitz

Tsd - Trainieren statt dominieren